



Bericht und Beschlussempfehlung

des Innen- und Rechtsausschusses

Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und den Ländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein zur Änderung des Staatsvertrags über die Errichtung eines gemeinsamen Senats des Finanzgerichts Hamburg

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/1669

Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich mit dem ihm durch Plenarbeschluss vom 21. März 2014 überwiesenen Gesetzentwurf der Landesregierung in seiner Sitzung am 2. April 2014 befasst.

Einstimmig empfiehlt er dem Landtag die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und den Ländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein zur Änderung des Staatsvertrags über die Errichtung eines gemeinsamen Senats des Finanzgerichts Hamburg.

gez. Barbara Ostmeier
Vorsitzende